

MITTAGSPOST

Auf der Tagesordnung im Bundestag

- Mit einer viel gelobten Regierungserklärung zum Wachstum in der EU und in Deutschland hat sich Sigmar Gabriel als Wirtschaftsminister im Plenum verabschiedet. Am Freitag erhält er die Ernennungsurkunde als Außenminister von Bundespräsident Gauck überreicht. Auch 2017 wird ein robustes Wachstum aufweisen, ein Erfolg, der auf der Arbeit vieler Millionen Frauen und Männer in unserem Land beruht.
- Lärmgrenzwerte an Sportanlagen sollen endlich sinken. Das sieht eine vom Bundestag beschlossene Verordnung vor. Um Spielbetrieb auf Sportanlagen zu fördern, werden die Immissionsrichtwerte um fünf Dezibel erhöht. Auch dabei: ein Altanlagen-Bonus. Damit können Sportvereine abends und an Sonn- und Feiertagen länger aktiv sein. Der TV Jahn kann aufatmen.
- Der „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ wird mit dem Nachtragshaushalt 2016 um 3,5 Milliarden Euro auf insgesamt 7 Milliarden Euro verdoppelt. Diese Mittel sollen gezielt für Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur eingesetzt werden.
- Die Bundespolizei soll neue Befugnisse zum Einsatz von Bodycams und automatischen Kennzeichenlesesystemen erhalten. Die mobile Videotechnik soll eine bessere Verfolgung von Straftaten ermöglichen und Gewaltdelikte gegen Polizisten verhindern.
- Eine verbesserte Meldepflicht von Krankenhauskeimen soll den Schutz vor übertragbaren Krankheiten erhöhen.

Bundestag gedenkt Euthanasieopfern

Mit einer Rede von Bundestagspräsident Norbert Lammert und eindrucksvollen Beiträgen zweier Angehöriger von Euthanasie-Opfern hat der Bundestag in einer Sonderveranstaltung an die Befreiung des KZs Auschwitz vor 72 Jahren erinnert. Der 27. Januar ist seit 1996 ein Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus, den der kürzlich verstorbene Bundespräsident Roman Herzog eingerichtet hat.

Vor dem Rollenwechsel

• In seiner Eigenschaft als Bundesaußenminister hat Frank-Walter Steinmeier am Donnerstag seine letzte Rede im Parlament gehalten. Es ging um die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte im Irak und Kurdistan sowie in Mali. In dem westafrikanischen Krisenland geht es vor allem um vertrauensbildende Maßnahmen und die Umsetzung des 2015 beschlossenen Friedensabkommens. Der Einsatz dort zählt derzeit zu den gefährlichsten Einsätzen für Soldaten und Polizisten. Der Bundestag hat der Verlängerung in namentlicher Abstimmung zugestimmt.



Fachkonferenz Muslime in Deutschland

Zur Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion „Muslime in Deutschland“ sind Zeliha Aykanat und Hatice Kocak aus dem Wahlkreis nach Berlin gekommen. Die Veranstaltung befasste sich mit der Frage, wie Wege zu gerechter Teilhabe aussehen können. Fünf verschiedene Foren boten die Gelegenheit, einzelne Themen intensiver zu betrachten. Dazu gehören Fragen des Arbeitsmarktes, des interreligiösen Dialogs, der politischen Teilhabe, der Stadtteilarbeit und des Zusammenlebens im Alltag.



Im Bild mit Hatice Kocak und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Aydan Özoguz. Zeliha Aykanat war noch unterwegs.

- **Bund und Länder haben sich auf die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses geeinigt.** Alleinerziehende und deren Kinder werden ab 1. Juli 2017 länger staatlich unterstützt, wenn der andere Elternteil nicht zahlt: Die Begrenzung der Bezugsdauer wird abgeschafft, die Altersgrenze für Kinder wird von 12 auf 18 Jahre angehoben. Der Bund trägt jetzt 40 Prozent der Kosten.

Zukunft der Landwirtschaft im Blick

- **Ob und wie künftige Generationen ihre Existenz mit der traditionellen Landwirtschaft sichern können, wollten Vertretern der Kreislandvolkverbände von links und rechts der Weser wissen.** Gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Christina Jantz-Herrmann haben wir z. B. die Notwendigkeit einer nationalen Nutztierstrategie, eine größere Sicherung von Grünland, die Situation von Betrieben auf moorhaltigen Standorten erörtert. Die Stärkung und Wettbewerbsfähigkeit der konventionellen Landwirtschaft mit Förderung regionaler Produkte sind uns ebenso ein Anliegen wie die Förderung von Biohöfen. Wichtig sind zur Zeit vor allem die Düngeverordnung und das Düngegesetz. Die geplante 2. und 3. Lesung wurde wegen weiteren Klärungsbedarfs mit der CDU/CSU auf die kommende Sitzungswoche verschoben.



Hier

mit Dr. Karsten Padeken, Vorsitzender Kreislandvolk Wesermarsch, der den Gedankenaustausch angeregt hatte.

Eine Auswahl an Terminen außerhalb der Sitzungswochen in Berlin:

27.01.19.30 Uhr Neujahrsempfang HWK Delmenhorst

29./30.1. Teilnahme an der Klausur des PVs zur Kanzlerkandidatur, Willy Brandt Haus Berlin

30.01.18.00 Uhr Neujahrsempfang DGB Delmenhorst, anschl. Neujahrsempfang Landvolk Wesermarsch, Varel

31.01. Auswahlgespräche für das Parl. Patenschaftsprogramm, abends Rotary Club Ganderkesee

01.02. 9.00 Uhr IHK Wildeshausen, 20. 00 Uhr SoVD Schwei, Diskussion zu den Pflegestärkungsgesetzen

02.02. 10.00 Uhr Besuch beim OOWV, Brake

03.02. 9.45 Uhr Besuch Logistikbataillon Delmenhorst 15.00 Uhr bei VdK, Huntlosen

05.02. 10. 30 Uhr Neujahrsempfang Berne, Gasthaus Schütte

06.02.- 10.02. Delegationsreise Innenausschuss in die Türkei, Thema Flüchtlinge

10.02. 20.00 Uhr Büttensabend Ganderkesee

11.02. Fraktionssitzung zur Bundesversammlung, 12.02. Wahl des Bundespräsidenten